

ANFRAGE von André Müller (FDP, Uitikon), Christian Schucan (FDP, Uetikon a.S.), Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil)

betreffend RRB 1331: Digitalisierung und digitale Transformation

Der Regierungsrat hat mit seinem Beschluss 1331 «Digitalisierung und digitale Transformation» die zusätzlichen Mittel von 20 Mio Franken und 95.55 Vollzeitstellen ausgewiesen. Damit beabsichtigt der Regierungsrat seine Verwaltung in eine «offene, digital vernetzte Organisation, die sowohl nach innen als auch nach aussen bedürfnisgerecht, sicher und durchgängig digital agiert», zu wandeln. Der Regierungsrat stellt dieses Vorhaben unter den Leitsatz «gemeinsam digital unterwegs», die Verwaltung handelt nach aussen «digital first» und nach innen «digital only».

Es stellen sich dem geneigten Leser – trotz oder gerade wegen der Länge des RRB 1331 - aber noch einige Fragen, die wir den Regierungsrat ersuchen, zu beantworten.

1. Was bedeutet für den Regierungsrat «Erfolg» in der Umsetzung der Digitalisierung und digitalen Transformation? Hat er sich zeitliche Vorgaben gemacht, gedenkt er die Kundenzufriedenheit der Bevölkerung zu messen?
2. In der Privatwirtschaft werden Prozesse digitalisiert, damit diese schneller, einfacher, risikoarmer, effizienter und skalierbarer umgesetzt werden können und somit eine Digitalisierungsdividende anfällt. Wie sollen diese Fortschritte gemessen werden und hat sich der Regierungsrat über die Digitalisierungsdividende des Kantons Zürich Gedanken gemacht? Wie hoch könnte diese ausfallen, wann fällt diese an und wann und in welcher Form wird diese an die Steuerzahler zurückgegeben?
3. Hat sich der Regierungsrat überlegt, wie lange er für diese digitale Transformation braucht? Wann, denkt der Regierungsrat, sind 90% der Ziele umgesetzt?
4. Dem geneigten Leser ist aufgefallen, das neben den digitalen auch analoge Prozesse beibehalten werden («digital first» nach aussen). Hat der Regierungsrat einen Zeitplan, bis wann er die analogen Prozesse grösstenteils abschaffen will? Und wenn nein, wieso nicht?
5. Die Verwaltung scheint einen grossen Teil der Digitalisierungsentwicklung selber zu machen. Hat der Regierungsrat Alternativen im Sinne von «make or buy» geprüft? Wenn ja, welche Teile werden eingekauft, wenn nein, warum denkt der Regierungsrat, dass die Verwaltung diese am besten selbst bereitstellt?
6. Grundsätzlich sind Abgaben für Dienstleistungen des Staates auf Gesetzesstufe festzulegen (Art 126 Verfassung des Kantons Zürich). Es ist davon auszugehen, dass mit der Zeit digitale Dienstleistungen kostengünstiger bereitgestellt werden können.
 - a. Wird der Regierungsrat die Entstehungskosten für die Abgaben für Dienstleistung in die Preisgestaltung einbeziehen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
 - b. Kann davon ausgegangen werden, dass verschieden hohe Abgaben für eine Dienstleistung in digitaler (tiefer) und nicht digitaler (höher) Form veranschlagt werden? Wenn ja, wann? Wenn nein, wie kann der Regierungsrat dies rechtfertigen?
 - c. Gedenkt der Regierungsrat pekuniäre Anreize zu setzen, damit die Bevölkerung auch im Aussenverhältnis von «digital first» zu «digital only» wechselt? Wenn ja, wann? Wenn nein, wieso nicht?
7. Wie viele der 95.55 Stellen sind befristet? Falls keine der Stellen befristet sind, weshalb und mit welcher Begründung?

8. Im Mittelbedarf werden 42 Stellen mit Aufbaucharakter und Querschnittaufgaben ausgewiesen.
 - a. Gehen wir recht in der Annahme, dass Querschnittaufgaben der Sicherstellung von direktionalen Vorhaben und fachlichem Wissen dienen und so zu Synergien in den Direktionen führen sollen und damit langfristig gebraucht werden?
 - b. Wenn ja, wieviele Stellen bedienen Querschnittaufgaben und wie viele Stellen haben Aufbaucharakter?
 - c. Hat der Regierungsrat in Erwägung gezogen, anstatt Stellen intern zu besetzen, die Leistung über externe Spezialisten zu beziehen?
 - d. Wieso plant der Regierungsrat mit neuen Stellen, anstelle einer Umlagerung von bestehenden Stellen und Mitarbeitenden, welche ihren Fachbereich bereits bestens kennen?
9. Die uneinheitliche und fehleranfällige Benutzerverwaltung über diverse Systeme wurde von der Finanzkontrolle schon mehrfach hervorgehoben. Kann davon ausgegangen werden, dass eine einheitliche und umfängliche Authentisierung und Autorisierung, die zentral verwaltet und vergeben wird, prioritär ausgerollt werden wird?
10. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat bezüglich Cloud Computing? Ist davon auszugehen, dass die Clouds grundsätzlich im Kanton Zürich / der Schweiz gehostet werden sollen oder werden auch ausländische Lösungen in Betracht gezogen? Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Kantonen oder dem Bund, um ein schweizweites Cloud Hosting Konzept zu erstellen und umzusetzen?
11. Der Kanton Zürich ist ein attraktiver Arbeitgeber, er stellt sichere Arbeitsplätze mit guter Bezahlung und weiteren Leistungen zur Verfügung. Damit steht er – vor allem im Bereich IT- in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Was unternimmt der Regierungsrat, damit kein «crowding-out» vom Staat entsteht und die Preisspirale für entsprechende Fachkräfte nicht zusätzlich angeheizt wird?

André Müller
Christian Schucan
Farid Zeroual